Rhein-Main-Presse
172 - 2. 2. 1991.
Seite 17



Vor Ort machte sich SPD-Landtagskandidat Thomas Stritter (2.v.r.) ein Bild über die Rübental-Problematik. Detaillierte Erläuterungen gab dabei Bürgermeister Ollig (3.v.l.) ab. Bild: Anne Küssner

Kritik an Ablagerungen

Stritter-Info im Nackenheimer Rübental

m. NACKENHEIM — Beim jüngsten Informationsbesuch im verfüllten Rübental bezweifelte der SPD-Landtagskandidat Thomas Stritter, daß es sich beim angefahrenen Erdaushub aus Hessen um unbedenkliches Material handelt. Es sei nicht der politisches Wille der Gemeinde gewesen, das Tal zu verfüllen. Stritter bezeichnete es als „eine Schande", ein Gebiet das unter die Rheintalschutzverordnung falle, für eine solche Maßnahme freizugeben.

Hier sei die Gemeinde einfach gezwungen gewesen, das Einvernehmen zu geben. Stritter streifte auch die Strafverfahren gegen Bürgermeister Günter Ollig sowie das SPD-Vorstandsmitglied Jürgen Jerz wegen Nötigung, die nur die einhellige politische Meinung gegen das Anfahren der Grundmassen der Öffentlichkeit zeigen wollten.

Zu Beginn des Rundgangs um das ehemalige Tal betonte Bürgermeister Günter Ollig, die Gemeinde müsse nun „Klimmzüge" machen, um Einfluß ausüben zu können, was in der eigenen Kommune geschehe. Die graue Erde, die allen Beschauern auffalle, sei nach den rheinlandpfälzischen Untersuchungen noch in Ordnung. In Hessen dagegen dürfe sie nicht abgeladen werden. Stelle sich die Gemeinde indes gegen das Einvernehmen, trete es nach acht Wochen automatisch in Kraft.

Um ein weiteres Anfahren von Erdmassen zu verhindern, habe der Rat zum Jahresende 1990 dort einen Bebauungsplanentwurf mit einer Veränderungssperre einmütig beschlossen. Nur so hofften alle, keine weiteren Erdmassen aus Hessen aufnehmen zu müssen. Beweise, daß die Transportfirma nicht nur Erdaushub im Rübental angefahren habe, sondern auch Bauschutt, hielt SPD-Gemeinderätin Elisabeth Lenz mit Fotoaufnahmen bereit.

Bei der Besichtigung vor Ort stellten das Ortsoberhaupt, SPD-Verbandsvorsitzender Gerd Sierung, der Beigeordnete Werner Schmitt sowie Michael Mogk vom SPD-Verbandsvorstand fest, daß gegenwärtig die vom Kreis, gegen den Willen der Gemeinde, genehmigte Verfüllfläche, mit Material zugeschüttet sei.